

WIR SIND DAS VOLK

Von DANIEL BINSWANGER

Was für ein einschneidendes Ereignis das Nein zur Durchsetzungsinitiative darstellt, lässt sich an den Reaktionen der Befürworter ablesen. Letzte Zufucht scheint die Realitätsverleugnung zu sein. Es begann damit, dass Alt-Bundesrat Blocher schon vor der Abstimmung das Diktum prägte, alles, was Rang und Namen habe, sei gegen die «Mehrheit der Bürger» – was selbstverständlich «unschweizerisch» sei. Dass Blocher glaubt, definieren zu können, wer ein «Schweizer» und wer ein «Unschweizer» ist, gehört zur Routine. Dass er nun auch noch die «Mehrheit» festlegt – unter Negierung von Abstimmungsergebnissen und den Regeln der Arithmetik –, ist eine Neuerung. «Mehrheit» in unserem Land scheint sich aus Sicht Blochers immer weniger durch einen Stimmenanteil von über 50 Prozent und immer mehr durch ihn selber zu definieren: *Le peuple, c'est moi*.

Das Muster setzte sich mit Roger Köppels Erklärung der Niederlage fort. Es handle sich «um einen Aufstand der Eliten», sagte der SVP-Nationalrat ausgerechnet über eine Nein-Kampagne, die mittels Crowdfunding über 1,2 Millionen an Kleinstspenden eingesammelt hat und auf einer bürgernahen Bottom-up-Organisation beruht, wie sie in der bisherigen Geschichte der Eidgenossenschaft beispiellos ist. Hat der Neopolitiker bereits so stark verinnerlicht, dass effiziente Kampagnen aus den Privatschatullen milliardenschwerer Gönner finanziert werden müssen, dass eine echte zivilgesellschaftliche Mobilisierung schlicht jenseits seines Vorstellungsvermögens liegt?

Der neuen SVP-Elite sei ihr luxuriöser Lebensstil von ganzem Herzen gegönnt. Aber dass Politiker, die zwischen

Goldküstenvillen und Bündner Wochenendresidenzen hin- und herzirkulieren, tatsächlich die Fiktion aufrecht erhalten, sie seien bodenständige Anwälte des «Volkes» gegen abgehobene «Eliten», ist vollkommen grotesk. Die wildesten Exzesse des Cüpli-Sozialismus können es mit der Absurdität dieser Lebenslüge nicht aufnehmen.

Den Höhepunkt lieferte Natalie Rickli, die sich am Abstimmungssonntag über die schockierende «Hetzkampagne» der Gegner beschwerte. Es war ein surrealer Fernsehmoment: Die Partei der Schäfchenplakate stellt allen Ernstes die Stilfrage. Natalie Rickli hat über Jahre ihren politischen Gegnern unterstellt, sie würden Partei ergreifen für Vergewaltiger. Sie verharmloste letztes Jahr die Kampagne gegen die Revision des Radio- und Fernsehgesetzes – in der Form eine der aggressivsten und unsachlichsten Kampagnen der jüngeren Schweizer Geschichte – als «Überspitzung», die sie «nicht schlimm» finde. Wenn professionelle Polit-Hooligans sich urplötzlich über mangelndes Zartgefühl vonseiten ihrer Gegner beschwerten, dann weiss man, dass sie mit ihrem Latein am Ende sind.

Die SVP hat nun ein strategisches Problem. Die Durchsetzungsinitiative hätte der Eröffnungszug sein sollen, der zum Sieg der Selbstbestimmungsinitiative führt. Würde die Schweiz dazu gezwungen, die Europäische Menschenrechtskonvention zu kündigen, so käme dies definitiv einer nationalkonservativen Revolution gleich. Unser Land würde zu einem anderen. Dass es dazu kommen wird, ist nun unwahrscheinlich.

Die Schweizer Stimmbevölkerung hat sich zur Verteidigung des Rechtsstaates bekannt und verhindert, dass die Grundrechtsgarantien für ein Viertel der

Bevölkerung (die Ausländer) eingeschränkt werden. Es erscheint nicht plausibel, dass dieselbe Stimmbevölkerung sich dazu bereit findet, die Grundrechtsgarantien nicht «nur» der Ausländer, sondern der Gesamtbevölkerung in Frage zu stellen. Genau dies würde mit der Kündigung der EMRK geschehen. Die zivilgesellschaftlichen Kräfte, die gegen die Durchsetzungsinitiative auf die Barrikaden gingen, werden die Selbstbestimmungsinitiative noch entschlossener bekämpfen. Ihre Annahme wäre noch gravierender.

Am meisten ins Gewicht fallen dürfte allerdings, dass es mit jeder verlorenen Abstimmung für die SVP schwieriger wird, sich als alleinige Vertreterin des Volkes zu gebärden. Dass sie mehrere Initiativen in Folge gewinnen konnte, hat die Aura der Basisnähe verstärkt. Diese dramatische Niederlage offenbart hingegen die Absurdität der Wir-sind-das-Volk-Attitüde.

Das Ressentiment gegen die vermeintliche «Classe politique» ist eines der tragenden Elemente des SVP-Programms geworden. Solange die Volkspartei die Debatte so gestalten kann, dass ihre Gegner a priori als Vertreter der Obrigkeit dastehen, ist sie im Vorteil. Doch der Versuch, die zivilgesellschaftliche Gegnerschaft auf Professoren, Richter und sonstige «Eliten» zu reduzieren, hat diesmal nicht funktioniert. Das ist wohl ein Schlüssel für den Ausgang der Abstimmung.

Auch Rechtsprofessoren und andere Experten werden in Zukunft vielleicht wieder etwas weniger eingeschüchtert auftreten. Das «Volk» – sofern es existiert – definiert sich durch seine Heterogenität. Und auch Leute mit Sachkompetenz zählen dazu.